Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 165. Montag, 19. Juli 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag ausfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Kabinett Briand gestürzt.

)(Paris, 17. Juli. Das Kabinett Briand-Caillaux ist gestürzt. Mit 288 gegen 248 Stimmen hat es die Kammer abgelehnt, in die Einzelberatung der Artikel des Ermächtigungsgesetzes einzutreten.

)(Paris, 17. Juli. Ministerpräsident Briand hat sich nach Schluß der Kammersitzung mit seinen Kollegen ins Elysée begeben, um dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts zu überbringen. Präsident Doumergue hat die Demission angenommen und die Minister gebeten, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen.

An der Abstimmung in der Kammer nahmen im ganzen 531 Abgeordnete teil. Gegen die Regierung stimmten 28 Kommunisten, 96 Sozialisten, 16 Sozialrepublikaner, 48 Radikale, 7 Mitglieder der Gruppe Loucheur, 1 katholischer Demokrat, 60 Mitglieder der Demokratisch-Republikanischen Vereinigung (Gruppe Marin), 6 Mitglieder der Demokratisch-Republikanischen Linken (Gruppe Maginot), 28 Mitglieder der äußersten Rechten. 22 Abgeordnete nahmen an der Abstimmung nicht teil, und zwar 7 Radikale, 4 von der Radikalen Linken, 1 von der Unabhängigen Linken, 1 Soz. Republikaner, 1 Linksrepublikaner, 4 von der Demokratisch-Republikanischen Linken, 3 von der Demokratisch-Republikanischen Vereinigung, 1 Mitglied der äußersten Rechten. 20 Abgeordnete waren beurlaubt.

Die ersten Stunden nach dem Sturze Briands.

)(Paris, 18. Juli. Beim Verlassen des Elysée erklärte Briand gestern abend den Journalisten: Sie können nicht erwarten, daß ich jedesmal wieder mein eigener Nachfolger werde. Ich kann nicht fortgesetzt in einem feindseligen Milieu leben. Jetzt habe ich meine Freiheit, und ich bin darüber sehr glücklich.

)(Paris, 18. Juli. Zur Regierungskrise schreibt Marin: Es scheint der Wille des Präsidenten der Republik zu sein, eine möglichst schnelle Lösung der Krise herbeizuführen, was angesichts der ernsten Lage der Finanzen und des Schatzamtes wünschenswert ist.

)(Paris, 18. Juli. Die Nachricht vom Sturze des Kabinetts Briand-Caillaux ist der Oeffentlichkeit nicht überraschend gekommen, hat jedoch offensichtlich bei einem gewissen Teil des Publikums eine feindselige Stimmung gegen die Kammer ausgelöst. Die Agentur Havas berichtet, daß Herriot, der allgemein als der Urheber des Sturzes des Ministeriums betrachtet wird, als er das Palais Bourbon verließ, mit unfreundlichen Rufen empfangen wurde, so daß die Polizei genötigt gewesen sei, die Ansammlung zu zerstreuen.

Beauftragung Herriots mit der Kabinettsbildung.

)(Paris, 18. Juli. Der Präsident der Republik hat heute vormittag ½9 Uhr seine Besprechungen zum Zweck der Kabinettsbildung wieder aufgenommen. Er hat u. a. den Vorsitzenden der Radikalen Kammerfraktion, Cazals, den zur Demokratisch-Republikanischen Linken gehörenden Senator Cuminal sowie die Abgeordneten Blum, Painlevé, Daniac und Flandin empfangen. Um 12 Uhr wurde Kammerpräsident Herriot, der im Laufe des Vormittags eine Reihe politischer Persönlichkeiten, darunter die Abgeordneten Chautemps, Loucheur, Daniac und Flandin gesprochen hatte, zum Präsidenten der Republik berufen. Herriot hat den ihm erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung angenommen.

Besprechungen über die Kabinettsbildung.

)(Paris, 18. Juli. Am Nachmittag befaßten sich die meisten Kammerfraktionen mit der Regierungskrise. Der sozialistische Parteivorstand in Gemeinschaft mit der Parlamentsfraktion beschäftigte sich mit einem Schreiben Herriots, in dem der Partei die Teilnahme an der Regierung angeboten wird. Es wurde beschlossen, vor einer Entscheidung über diese Frage eine Delegation zu Herriot zu entsenden, um von ihm nähere Aufklärungen über die Bedingungen einer Teilnahme der Partei an der Regierung zu erhalten. Die Sozialrepublikaner sprachen sich für die Bildung eines reinen Kartellkabinetts aus.

)(Paris, 18. Juli. Wie Havas in den Wandelgängen der Kammer erfährt, rechnet man allgemein mit einer raschen Lösung der Krise und einer von den Radikalen bis zu den Gemäßigten der Demokratisch-Republikanischen Vereinigung gehenden großen republikanischen Konzentration als Grundlage des neuen Kabinetts.

Der Vorsitzende der Demokratisch-Republikanischen Vereinigung, Louis Marin, erklärte, er und seine Freunde würden zur Mitarbeit auch in einem von Herriot geführten Kabinett bereit sein unter der Bedingung, daß ein Mindestaktionsprogramm festgelegt werde. Louis Marin denkt sich diese Mitarbeit entweder in der Form einer unmittelbaren Beteiligung an der Regierung oder in der Form einer Unterstützungspolitik entsprechend der Haltung der Sozialisten gegenüber dem ersten Kabinett Herriot. Bezüglich der Finanzsanierung und der Währungsstabilisierung ist Louis Marin der Ansicht, daß der Umfang der von der letzten Regierung verlangten Vollmachten einzuschränken sei, und daß man gleichzeitig der Kammer entsprechend dem durch ihre gestrige Abstimmung zum Ausdruck gekommenen Willen in der Weise entgegenkommen könne, daß man auf die Vertagung des Parlaments verzichte und so der Kammer die volle Ausübung ihres Kontrollrechts lasse.

)(Paris, 18. Juli. Wie Havas aus Mainz meldet, hat mit Rücksicht auf die Kabinettskrise Kriegsminister General Guillaumat seinen Besuch im Rheinland abgebrochen und ist nach Paris zurückgekehrt.

Die französischen Sozialisten lehnen die Beteiligung an der Regierung ab.

)(Paris, 18. Juli. Der Vorstand und die Parlamentsfraktion der Sozialistischen Partei haben nach mehrstündiger Beratung die ihnen von Herriot angebotene Teilnahme an der Regierung in einer heute gefaßten Entschließung abgelehnt, in der erklärt wird, daß die Partei entsprechend dem Beschluß ihrer letzten Parteitage an keiner von einer anderen politischen Partei gebildeten Regierung teilnehmen könne. Eine Unterstützungspolitik könne nur innerhalb der von den Parteitagen in Grenoble und Chiermont-Ferrand gezogenen Grenzen in Betracht kommen.

Außerdem hat der Abgeordnete Blum als Generalsekretär der sozialistischen Parlamentsfraktion an Herriot ein Schreiben gerichtet, in dem versichert wird, daß die Bemühungen Herriots um eine Finanzsanierung und die Wiederherstellung einer stabilen Währung durch die Leistung der Nation selbst seitens der Sozialistischen Partei auf eine ehrliche Unterstützung würden rechnen können.

Erklärung Herriots.

)(Paris. Kammerpräsident Herriot erklärte Vertretern der Presse: Ich bin überzeugt, daß die Herabsetzung der schwebenden Schuld durch eine nationale Anstrengung geschehen muß, um hierfür die nötige Stimmung herzustellen, muß man die Bemühung als einen Schritt zur Rettung des Vaterlandes erkennbar machen. Die Agence Havas glaubt, daß die Formel, für die sich Herriot als künftiger Ministerpräsident entschieden habe, eine Politik der Vereinigung der Linken sei.

Berliner Echo zum Sturze des Kabinetts Briand-Caillaux.

Die Berliner Sonntagsblätter bringen die Nachrichten über den Sturz des Kabinetts Briand—Caillaux in großer Aufmachung. Jedoch liegen bisher nur wenige kritische Würdigungen der Vorgänge in Paris vor. In der „Täglichen Rundschau" heißt es über Caillaux' Niederlage: Der diktatorische Kurs, den Caillaux anstrebte, war zweifellos durchaus angebracht. Wir wissen aus den eigenen Erfahrungen, die wir in dieser Beziehung gemacht haben, daß das Parlament in solchen Lagen schon aus rein technischen Gründen versagen muß. Ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, eine schwankende parlamentarische Mehrheit zu den notwendigen raschen Entschlüssen zu zwingen. Das Kabinett Briand-Caillaux war parteipolitisch links organisiert und konnte doch die von Caillaux angestrebte Finanzpolitik unmöglich mit Zustimmung der Linken machen, über diese innere Schwierigkeit scheint das Kabinett gestürzt zu sein. Unter den augenblicklichen Umständen scheint nur eins sicher, daß der Frank den Sturz des Kabinetts Briand zum Anlaß nehmen wird, seinen eigenen Sturz fortzusetzen. — In der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird ausgeführt: Der gestrige Kampf in der Kammer war der uralte Kampf zwischen den beiden widerstreitenden Faktoren allen staatlichen Lebens, zwischen Volk und Staat, Parlament und Regierung, Theorie u. Praxis. Die Haltung, die die Kammer eingenommen hat, ist ein Unverstand, der sich notwendigerweise bitter rächen wird. Herriot hat ein für Frankreich durchaus gefährliches Spiel gespielt. — In der „Germania", die ihren Artikel „Angst vor der Diktatur" überschreibt, heißt es: Das tragische Ergebnis der gestrigen Kammersitzung beweist die Richtigkeit der von Kennern der Verhältnisse so oft betonten Tatsache, daß Frankreich noch nicht reif ist, das Problem der Stabilisierung seiner Währung mit Erfolg in Angriff nehmen zu können. Frankreich ist heute noch auch ohne Auslandshilfe in der Lage, seine Währung aus eigener Kraft zu stabilisieren. Die Frage ist aber, ob sich nach Caillaux' Sturz ein Staatsmann mit der nötigen Energie finden wird, um sich gegen die Steuerscheu des französischen Bürgertums u. gegen eine aktionsunfähige, aber eifersüchtig auf Wahrung ihrer Rechte bedachte Volksvertretung durchzusetzen. Das Blatt, das auch ein elftes Kabinett Briand für im Bereich der Möglichkeit liegend betrachtet, bemerkt zum Schluß, die wichtigste Person des neuen Ministeriums sei der Finanzminister und noch wichtiger als seine Person seine Entschlußkraft, von der für das Schicksal des Franken alles abhänge. — Im Leitartikel der Vossischen Zeitung schreibt Georg Bernhard u. a., ohne ein zeitweiliges Sichselbstbescheiden des Parlaments werde es eine Gesundung der französischen Finanzen nicht geben können. Allerdings garantiert Vollmacht noch nicht Vollbringen. Caillaux' abgelehnter Plan erinnere lebhaft an die ersten mißlungenen Versuche der Markstabilisierung, die Zerlegung des Stabilisierungsprozesses in mehrere Stadien berge Gefahren in sich. Im übrigen wäre ein weiterer Verfall der französischen Währung ein Unglück nicht nur für Frankreich, er würde auch die deutsche Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen. Gerade jetzt, wo sich in Frankreich wie in Deutschland der Gedanke einer notwendigen Zusammenarbeit beider Länder durchzuringen vermocht habe, biete die französische Finanzmisere ein beinahe unüberwindliches Hindernis für eine solche Zusammenarbeit. — Bemerkt sei noch, daß der „Vorwärts" den Bericht über den Sturz Caillaux' überschreibt: durch Eingreifen Herriots für die Rechte des Parlaments, gegen die Vollmachten.

London zum Sturz der französischen Regierung.

* London. Die Nachricht von dem Sturz des Kabinetts Briand-Caillaux, die erst in den späten Abendstunden in London eintraf, hat hier große Ueberraschung hervorgerufen. Die neue Wendung wird zweifellos auf den morgigen Devisenmarkt nicht ohne Rückwirkung bleiben und die Flucht vor dem Franken noch verstärken. Man rechnet hier zwar damit, daß die französischen Behörden alles versuchen werden, um dem bevorstehenden Zusammenbruch des Franken Einhalt zu tun, aber, wie sich gestern abend eine in Citykreisen wohlbekannte Persönlichkeit äußerte, man könnte ebensogut den Versuch machen, das Wasser des Niagarafalles zurückzuhalten. Auch in diplomatischen und politischen Kreisen Londons, soweit diese während des Wochenendes in London anwesend waren, hat die Nachricht von dem Sturz der Pariser Regierung konsternierend gewirkt. Man hielt das Ereignis für bedeutsam genug, um den Premierminister Baldwin und den Schatzkanzler Churchill, die auf dem Lande weilen, sofort zu benachrichtigen. Die Lage wird als um so ernster angesehen, als man bezweifelt, daß nun die Absicht der Führer der amerikanischen, englischen und französischen Notenbanken, den Franken zu stabilisieren, wird durchgeführt werden können. In diesem Falle dürfte das Kapitalausfuhrverbot der Bank von England nach Frankreich solange in Kraft bleiben, bis das französische Schuldenfundierungsabkommen ratifiziert und der Franken endgültig stabilisiert ist.

Amerika zum Sturz Briands.

)(Washington. In Regierungskreisen ist man überrascht von dem Rücktritt des französischen Kabinetts, doch hegt man keine Beunruhigung hinsichtlich der Wirkung dieser Tatsache auf den französisch-amerikanischen Schuldenvertrag. Man meint, daß das Programm Caillaux' eine Stabilisierung des Franc erhoffen ließ. Die Kommentare der Blätter zu den Vorgängen in Paris sind zurückhaltend.

Der Deutsche im Ausland.

Fast 8 Jahre sind vergangen, seit der sogenannte Friede von Versailles den Weltkrieg beendete. Aber noch immer scheint kein frischer Wind die Atmosphäre von Bosheit und Haß gegen Deutschland, die seit 1914 fast die ganze Welt benebelte, fortgeweht zu haben. Vor kurzem erst wurde ein deutscher Völkerbundsfreund, der zu einer Kundgebung der Völkerbundliga (!) in England weilte, und dessen pazifistische Gesinnung vor der ganzen Welt bekannt ist, von einem Mitglied des Unterhauses und von englischen Zeitungen angeflegelt; und jetzt kommt aus Belgien die Nachricht von Demonstrationen gegen harmlose deutsche Badegäste, die als „valutastarke" Ausländer in belgischen Seebädern ihre Ferien verbringen. Acht Jahre nach dem Krieg also ist der Deutsche im Ausland nur seines Deutschtums wegen noch Demütigungen ausgesetzt, gegen die er sich nicht wehren kann und die auch durch die offiziellsten Freundschaftserklärungen von Regierung zu Regierung nicht weniger fühlbar werden. Unendlich ist die Liste der Erniedrigungen und Schikanen, die der Deutsche auch jetzt noch im Ausland einzustecken hat. Man braucht nur an Italien, die Tschechoslowakei, Polen und alle die Länder zu denken, die überhaupt erst dem Krieg ihre Existenz oder ihre scheinbare Größe verdanken, um zu der Erkenntnis zu gelangen, daß die Sympathien der Welt für das demokratische Deutschland nicht im geringsten größer sind, als sie für das militaristische Deutschland der Vorkriegszeit waren. Der Geist hat sich nicht geändert; der einzige Unterschied ist der, daß man sich heute vor dem wehrlosen Deutschland weniger geniert, als vor dem wehrhaften von damals.

Wir sind weit davon entfernt, den deutschfeindlichen Demonstrationen in Belgien eine allzu große Bedeutung beizulegen. Diese Kundgebungen gegen die deutschen Gäste sind aus der Inflationspsychose, die leicht dazu verführt, in jedem Ausländer einen Parasiten zu sehen, entstanden. In Deutschland war es während der Inflationszeit nicht viel anders. Wir denken auch nicht daran, etwa den Deutschen das Wort zu reden, die es für nötig halten, ihre Erholung in den Bädern eines ehemals feindlichen Landes zu suchen. Durch die Vorgänge in Blankenberghe und Ostende haben diese Deutschen hoffentlich gelernt, daß belgische Bäder nicht im geringsten „vornehmer" als deutsche sind. Die belgischen Demonstrationen haben aber ein Gutes gehabt: Sie haben eine bezeichnende Illustration zu dem Versöhnungs- und Verständigungswillen des ehemals feindlichen Auslandes geliefert. Es gibt immer noch eine Anzahl von Menschen in Deutschland, die glauben, daß das Ausland, mit dem wir 4 Jahre lang Krieg geführt haben, nur auf den Moment wartet, wo es den deutschen Bruder ans Herz schließen kann und daß dieser Moment nur wegen der Sprödigkeit des deutschen Michels noch nicht eingetreten ist. Sie hätten aus den Vorgängen in Belgien, in Ebernstwith und tausend anderen lernen können — leider sind sie unbelehrbar — daß die Animosität des feindlichen Auslandes gegenüber Deutschland tiefer sitzt, als daß Proklamationen und guter Wille allein sie besiegen könnten. Solange dem Deutschen im Ausland, namentlich im ehemals feindlichen, die Achtung versagt wird, die er verdient, kann man sich die Propaganda für Völkerbund, Pan-Europa und ähnliches sparen. Es ist ein guter Auftakt, wenn acht Jahre nach dem Kriege die Rufe: A bas les boches! noch nicht verstummt sind.